Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

SV

Gegr. 1840.

Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 27 — Olpe, Freitag, den 1. Februar 1924. — 84. Jahrg.

Der Briefwechsel zwischen Poincaré und Macdonald.

Die Pfalzfrage

tritt immer mehr in den Vordergrund. Von französischem Gelde aufgepäppelt, von den französischen Befehlshabern unterstützt, haben die dunklen separatistischen Elemente, die sich zum größten Teile aus landesfremdem Gesindel rekrutieren, in dem herrlich blühenden Landstriche der sagenumwobenen Pfalz am deutschen Rhein ein Schreckensregiment errichtet, das allen Begriffen modernen Kultur Hohn spricht, das die elementarsten Menschenrechte mit Füßen tritt. Und die Schutzherren dieses Regiments sind diejenigen, welche im Kampfe gegen uns die schönsten Worte von dem Kampfe für Freiheit und Menschenrechte im Munde führten. Die Franzosen haben halt kein Mittel gescheut, um, Deutschlands Untergang zu fördern. Mit Hülfe von Landesverrätern a la Dorten, Deckers und anderen Brüdern suchten sie ihre Rheinpolitik zum Siege zu verhelfen, aber die treudeutsche Bevölkerung der Lande am Rhein bot all ihren Lockungen und Drohungen in kerniger und standhafter Weise Widerstand. Mochten die Franzosen Zuckerbrot oder Peitsche anwenden, ihre Bemühungen zerschellten an der Treue der Bevölkerung zu Reich und Deutschtum. Jämmerlich brach die Separatistenbewegung im Rheinland zusammen. Die auf französische Bajonette gestützte Schreckensherrschaft der Separatisten in der Pfalz aber, die sich gerade in unseren Tagen in der übelsten Weise austobt, wird Frankreich auch keinen Segen bringen. Sie ist vielmehr ihm zum Verhängnis schon dadurch geworden, daß sie den schon lange bestehenden Gegensatz zwischen Frankreich und England verschärft hat, daß sie der Prüfstein für die französisch-englischen Beziehungen zu werden scheint. Der französisch-englische Gegensatz tritt in dem Briefwechsel zwischen Poincare und Macdonald deutlich hervor. Dieser Briefwechsel zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die französisch-englischen Beziehungen sehr gespannt sind. Wir dürfen diese aber nicht überschätzen und nicht vergessen, daß diese bisher stets auf Deutschlands Rücken ausgetragen wurden. Jedoch können wir hoffen, daß eine kleine Wendung hierin zu unseren Gunsten eingetreten ist. Das mit französischer Hülfe aufgerichtete Schreckensregiment und der Widerstand der Bevölkerung gegen die Knebelung durch die Separatisten haben ihren Teil dazu beigetragen. Frankreich hat sich durch diese Taten weiter in der Welt isoliert. Das kommt auch in der französischen Presse deutlich zum Ausdruck und es mehren sich die Stimmen, daß Poincare einlenken muß. Ein kleines Einlenken bedeutet schon, daß er die Tätigkeit der Sachverständigenausschüsse zugelassen hat. Diese sollen jetzt in Berlin kontrollieren, wie es mit der deutschen Zahlungsfähigkeit aussieht, ob das deutsche Volk ausreichend besteuert ist und ob nicht vielleicht im Widerspruch zu der Forderung des Versailler Vertrages die deutsche Besteuerung geringer ist als bei einem anderen am Weltkriege beteiligten Volk. Mit der Reichsleitung sind die Mitglieder der beiden Sachverständigenausschüsse in Fühlung getreten. Von Seiten des Kanzler ist möglichste Förderung ihrer Arbeit zugesagt. Die Sorge darüber, daß wir geringere Steuern zahlen als die Siegerstaaten brauchen wir nach dem Steuerbonquet, das die 3. Notverordnung brachte, nicht zu hegen. Wir können und müssen den Sachverständigen vollständig klaren Wein darüber einschenken. Aber wir müssen sie auch aufmerksam machen auf die ganz ungeheueren Folgen der gehirnkranken Tyrannei der französischen Machthaber am Rhein und Ruhr, welche die deutsche Wirtschaft zahlungsunfähig machen. Und als ganz fürchterliches Beispiel hierfür wirkt neben den Micumverträgen, welche 40 Prozent der gesamten Ruhrförderung der deutschen Industrie im Ruhrbezirk und am Rhein als Lasten aufladen, die Pfalz, deren Zustände ja an Ort und Stelle der englische Generalkonsul Clive-München geprüft hat. All dieses muß in sachlicher Weise den Sachverständigen ohne Uebertreibung geschildert werden, von deren Arbeit ja so unendlich viel abhängt, deren Resultate, wie der Matin sagt, wohl von allen Regierungen angenommen werden wird. Dann wird der Heldenkampf unserer deutschen Brüder in der Pfalz, zu denen wir mit Stolz hinaufsehen, auch für das ganze deutsche Volk Früchte bringen.

Dr. W.

Das Volksgericht.

WTB Rotzheim, 31. Jan. Der als französischer Spitzel und Denunziant bekannte Separatistenführer und Afterbürgermeister von Rotzheim bei Frankenthal „Ingenieur" **Gombinger**, der viele Ausweisungen und Bestrafungen Rotzheimer Familien auf dem Gewissen hat, ist abends 7 Uhr auf der Landstraße zwischen Rotzheim und Bodenheim der Volksjustiz zum Opfer gefallen. Gombinger wurde schwer verletzt in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus übergeführt. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Ein Briefwechsel zwischen Poincare und Macdonald.

WTB Paris, 31. Jan. Poincare und Macdonald haben Briefe ausgetauscht. Der Brief des englischen Erstministers ist am Montag nachmittag durch den englischen Botschafter in Paris Lord Crewe, dem Quai d'Orsay überreicht worden. Dienstag abend hat Poincare die Antwort an Macdonald abgehen lassen. In ihren Briefen versichern beide Ministerpräsidenten, daß sie trotz allem ihr Möglichstes tun werden, um in freundschaftlicher Weise die augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten zu regeln und sich bemühen würden, für die Wiederherstellung Europas gemeinsam zu arbeiten.

Echo de Paris bemerkt hierzu, unglücklicherweise genügten nicht offizielle Worte, um das Ende des englisch-französischen Konflikts als nahe bevorstehend erscheinen zu lassen. Gewiß werde bei den verschiedenen Streitpunkten ein Einverständnis mehr oder weniger leicht erzielt werden, wenn man sich Konzessionen mache, aber **die Hauptfragen zeigten einen Gegensatz, der bis zu den Wurzeln gehe. Es handle sich erstens um die Methode, die man annehmen müsse, um von Deutschland Zahlungen zu erlangen, dann aber auch um das System, das aufgerichtet werden müsse, um Frankreich und Belgien wirkungsvoll vor Ereignissen wie 1914 zu schützen.** (Dies ewige französische Jammern und Winseln zeigt doch nur die fürchterliche Angst die Frankreich hat und wirkt, wenn man die jetzige militärische Stärke der beiden Länder betrachtet geradezu komisch. Hat Frankreich wirklich Angst vor dem in den letzten Jahren gewaltsam selbst aufgezogenen Haß durch sein Vergehen im besetzten Gebiet? Uns will es scheinen, als ob dies der Fall ist. doch bei der alten französischen Jammermelodie ist doch auch ein großes Stück Falschheit und Berechnung. Um für sich Hülfe zu bekommen singt man „Kein Engel so rein" und verdächtig und verleumdet bewußt das gegnerische Deutschland. Die Redaktion.) Es bestänben Anzeichen, die es wahrscheinlich machten, daß das neue englische Kabinett sich bemühe, die Frage zu beantworten, was es wohl tun könne, um Frankreich und Belgien aus dem Ruhrgebiet herauszubringen. Es müsse daran erinnert werden, daß der Friedensvertrag den Anschluß eines Sicherheitspaktes für Frankreich enthalte. Das Neutralitätsprojekt für das Rheinland sei für Frankreich unbefriedigend, da es darauf hinauslaufe, in den Versailler Vertrag einen völlig neuen Gedanken einzufügen, dem sich Frankreich nicht anschließen könne, da er gleichbedeutend sei mit der Isolierung.

Der Matin zum Briefwechsel zwischen Macdonald und Poincare.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 1. Februar. (Drahtbericht.)

Ueber den Inhalt der Briefe, die Poincare und Macdonald wechselten, sagt der Matin u. a.:

Macdonald ruft die Autorität des Völkerbundes an und stellt mit Bedauern fest, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England beständen, die durch einen freien und loyalen Meinungsaustausch beseitigt werden könnten. Nur falls dieser ergebnislos bleibe, wolle man eine andere Methode zur Anwendung bringen.

Die Antwort Poincares

sei, wenn man so sagen dürfte, konziliant. Er wünsche auch, daß Frankreich und England sich zur Verteidigung ihrer gemeinsamen Interessen und zur Lösung der europäischen Probleme verständigten. Das Blatt, das wohl erkennt, daß eine Zusammenkunft des Völkerbundes gewisse Fragen schiedsrichterlich schlichten könne, kann sich nicht versagen, wiederum die deutsche **Politik zu verdächtigen.** Es behauptet, derjenige, der mit Aufmerksamkeit die öffentliche Meinung in Deutschland betrachte, erkenne, daß Deutschland bei der Bildung der englischen Arbeiterregierung hoffnungsvoll den Versuch machte, seine wirtschaftliche Lage wieder umzuformen.

* Gegenüber dieser Meinung des Temps ist es aber doch von Wichtigkeit, festzustellen, daß sämtliche führenden deutschen Pressorgane gegenüber dem Kabinett Macdonald von vornherein eine sehr kühle und abwartende Stellung eingenommen haben, schon gewitzigt durch die kalten Douschen, welche die Tatsachen den rosaroten deutschen Optimisten bescheerten, welche Berge von Hoffnungen auf Macdonalds Vorgänger gesetzt hatten, und die furchtbarsten Enttäuschungen erleben mußten. Gerade beim Antritt der Arbeiterregierung ist aber von deutscher Seite in der Presse allgemein sehr stark mit Recht betont worden, daß es falsch wäre, goldene Berge von der Arbeiterregierung für Deutschland zu erwarten, daß vielmehr auch die englische Arbeiterregierung dasselbe Ziel hat und vom englischen Standpunkte aus auch haben muß, die deutsche Konkurrenz auszuschalten und daher auch Interesse daran hat, Deutschland wirtschaftlich nicht zu hoch kommen zu lassen. Das weiß der Temps recht gut, aber nach alter Manier verdächtigt er frisch weiter und lügt fröhlich in dem Glauben, daß von seinen Behauptungen etwas doch hängen bleibe.

Der britische Botschafter bei Poincare.

Paris, 31. Januar.

Der britische Botschafter sprach am Quai d'Orsay vor. Er hatte eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincare.

Die pfälzische Frage der Inhalt der Unterredung.

WTB London, 1. Februar.

Wie Reuter erfährt, bezog sich die Unterredung des britischen Botschafters in Paris mit Poincare **hauptsächlich auf die pfälzische Frage.** Man glaubt, daß der britische Botschafter wiederum die in London herrschende Ansicht darlegte, daß es in Wirklichkeit **überhaupt keine pfälzische Frage gebe und daß, sobald die französischen Behörden erst einmal die Unterstützung der separatistischen Bewegungen einstellen, diese von selbst zusammenbrechen werde.** (Etwas, was jedem, der die Verhältnisse kennt, vollständig klar ist, was aber auch für die unbeteiligten Mächte der Bericht des englischen Generalkonsuls Clive, der in Sonderauftrag der britischen Regierung die Verhältnisse in der Pfalz untersuchten, sonnenklar bewiesen hat. Die Red.) Die britische Regierung hat, wie bekannt, durchaus die **Absicht,** die ganze Frage an **ein internationales Schiedsgericht,** wie den Haager Hof zu überweisen. Es wurde die Meldung verbreitet, die französische Regierung wünsche, daß sich die **Botschafterkonferenz** mit der Angelegenheit beschäftige, doch dürfe nach Ansicht gut unterrichteter Londoner Kreise hierauf kein übertriebener Nachdruck gelegt werden.

Die französische Sorge vor einem Bruch mit England.

Paris, 1. Februar. (Drahtbericht.)

Zur diplomatischen Lage schreibt Petit Parisien: Wenn man in Brüssel und London die Folgen geprüft hätte, die ein Bruch zwischen den Ländern herbeiführen könnten, dann könne man im voraus des Erfolges dieser Prüfung sicher sein. Man werde nämlich sehr rasch bemerken, daß die **gegensätzigen Konzessionen in dieser oder jener einzelnen Frage des deutschen Problems viel weniger folgenschwer für England und Frankreich sein würde als die Entzweiung.** Das Blatt will in dem Briefe Macdonalds den Beweis erblicken, daß auch er erkannt habe, daß ein Bruch verhängnisvoll sein könnte und schreibt dann weiter, **die Sachverständigenausschüsse seien an der Arbeit und es lasse sich voraussagen, daß alle Regierungen ihre Schlußfolgerungen annehmen würden.**

Der Kanzler empfängt die Sachverständigen.

Die Mitglieder des Sachverständigenausschusses bei der Reichsleitung.

WTB Berlin, 31. Jan. Die Mitglieder des ersten Sachverständigenausschusses wurde gestern vormittag vom Reichskanzler im Beisein des Ministers des Aeußeren, des Finanzministers des Wirtschaftsministers und des Vorsitzenden der Kriegslastenkommission Staatssekretär Fischer empfangen. In einer Ansprache versicherte

der Reichskanzler,

daß seitens der deutschen Verwaltung alles getan werde, um die Kommission in ihrer schweren verantwortungsvollen Aufgabe zu unterstützen. Ihre Wünsche und Fragen sollen mit größter Beschleunigung und mit rücksichtsloser Offenheit behandelt und beantwortet werden. Der Kommission solle alsbald im Auftrage der Reichsregierung ausgearbeitetes Material über das Studium der deutschen Wirtschaft, der Währung und der Finanzen zugehen. Zur Erleichterung der geschäftlichen Beziehungen ist Staatssekretär Fischer beauftragt worden, die deutsche Regierung gegenüber der Kommission zu vertreten.

Der Vorsitzende der Kommission

General Dawes

erklärte, indem er die große Bedeutung einer gemeinsamen Verständigung der Alliierten über die Lösung der großen Fragen betonte, es erscheine dem Ausschuß höchst wünschenswert und wichtig, daß die deutsche Regierung daran teilnehme. Er hoffe, daß eine volle Verständigung erreicht werde und dankte für die Zusicherung der Hilfe und der Mitarbeit der deutschen Regierung.

Der erste Sachverständigenausschuß an der Arbeit.

Von unserem Berliner Vertreter.)

Berlin, 1. Februar. (Drahtnachricht.)

Der erste Sachverständigenausschuß hielt gestern Besprechungen mit dem Reichsbankdirektor **Dr. Schacht** und dem Leiter der Kriegslastenkommission, Staatssekretär **Fischer,** ab.

Die Ankunft des zweiten Ausschusses in Berlin.

WTB Berlin, 31. Jan. Gestern abend sind, wie bereits angekündigt, folgende Mitglieder des zweiten Ausschusses für die Kapitalflucht mit dem Begleitpersonal in Berlin eingetroffen: Mac Kenna, Generaldirektor der Mittellandbank, Robinson, Präsident der Nationalbank von Los Angeles. Dr. Mario, Alberti, Vizedirektor der Credite Italiens, Albert Jansen, Direktor der belgischen Nationalbank. Die Herren wurden von dem Mitglied der Kriegslastenkommission, Regierungsrat Dr. **Meyer** empfangen.

Der 2. Sachverständigenausschuß beim Kanzler.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 31. Januar.

Die Mitglieder der Kommission der Reparationskommission für **Kapitalflucht,** die gestern abend in Berlin eingetroffen sind, wurden heute vom Reichskanzler im Beisein der an der Untersuchung der Kommission beteiligten Reichsminister empfangen.

Der Reichskanzler

begrüßte die Herren durch folgende Ansprache:

„Meine Herren! Namens der Reichsregierung erlaube ich mir, Sie zu begrüßen. Die Reparationskommission hat durch ihren Beschluß vom 30. November 1923 Ihnen die schwierige Aufgabe zugewiesen, zu ermitteln, wie die deutschen Kapitalien im Ausland ihrer Höhe nach geschätzt und deren Rückwanderung nach Deutschland veranlaßt werden kann. Die **deutsche Regierung** hat ein **besonderes Interesse** daran, daß in diese Frage, die seit Jahren den Streit der Meinungen der ganzen Welt gebildet hat, von so sachverständiger Seite Feststellungen getroffen werden. Die deutsche **Regierung** erkennt dankbar an, daß Sie, meine Herren, persönlich hierher gekommen sind, um alle Aufgaben mit den deutschen Stellen und den deutschen Wirtschaftskreisen zu erörtern. Seitens des Deutschen Reiches wird alles geschehen, um Ihnen Ihre Aufgabe zu erleichtern und Ihre Fragen werden mit voller Offenheit und Beschleunigung beantwortet werden."

Der Vorsitzende des Komitees,

Mac Kenna

erwiderte hierauf:

„Herr Reichskanzler! Namens des Ausschusses, sowie im eigenen Namen danke ich Ihnen für die Zustimmung, daß uns von seiten Ihrer **Regierung** der Nachprüfung unseres Auftrages alles Nötige zuteil wird. Wir hoffen zuversichtlich, daß es uns mit Ihrer Hilfe möglich wird, unsere Untersuchung mit Erfolg zu beenden."

Eine Erklärung des Kardinals v. Faulhaber.

Gegenüber den vielen, besonders von völkischer Seite gegen den Münchener Kardinal v. Faulhaber gerichteten Angriffen und Verdächtigungen veröffentlicht Rechtsanwalt Sinon-München als **anwaltlicher Vertreter des Kardinals Dr. v. Faulhaber** folgende Erklärung:

„Seine Eminenz, der Herr Kardinal v. Faulhaber hat mich ermächtigt, für ihn nochmals folgendes zu erklären:

Der Herr Kardinal stand in gar keinem Zusammenhang mit dem Putsch vom 8. November 1923, er hat in keiner Weise, weder mündlich, noch schriftlich oder telephonisch, weder direkt noch indirekt, auf den Verlauf desselben, insbesondere auch nicht auf den Herrn Generalstaatskommissar v. Kahr eingewirkt, er hat diesen in den kritischen Tagen und schon lange Zeit weder gesehen noch gesprochen; der Herr Kardinal hat weder mit der früheren Kaiserin Zita, deren Aufenthalt er gar nicht kennt, noch mit sonstigen Personen, insbesondere auch nicht mit dem französischen Ministerpräsidenten Poincare über die Abtrennung Bayerns vom Deutschen Reiche und die Errichtung eines süddeutschen Staates, wie er auch immer geartet sein möge, verhandelt. Seine Eminenz hat nie im Leben die Kaiserin Zita, den Prinzen Sixtus oder den Ministerpräsidenten Poincare gesehen oder gesprochen und niemals Pläne erwogen oder gefördert, die sich gegen den Bestand oder die Einheit des Deutschen Reiches richten könnten. Jeder der solche Behauptungen weiter festhält und verbreitet, hat sich damit als bewußter Lügner und Verleumder gebrandmarkt.

3. Seine Eminenz weiß aus zuverlässigster Quelle, daß auch die Behauptung, der Vatikan habe mit solchen Plänen je zu Verhandlung geltanden, sie erwogen oder gar gefördert, eine reine Erfindung ist."

Eine neue Spende des Papstes für deutsche Kinder.

Durch Vermittelung des Terziariers Herrn William A. Mac Kenzie, Ritter des Gregoriusordens, zurzeit in Genf, hat der **Heilige Vater dem katholischen Erziehungsverein Seraphisches Liebeswerk** 200 Schweizer Franken zur **Speisung der Kinder** überweisen lassen. Voriges Jahr um dieselbe Zeit hat der Papst dem gleichen Verein eine Million Mark überreichen lassen.

Deutsches Reich

Sitzung des Reichskabinetts.

(Von unserem Berliner Vertreter.

Berlin, 1. Februar. (Drahtnachricht.)

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Nachmittagssitzung mit dem Postfinanzgesetz.

Keine Reichstagssitzung vor Mitte Februar.

Der Aeltestenrat des Reichstages hat beschlossen, keinesfalls vor der zweiten Hälfte des Monats Februar die Plenarsitzungen des Reichstages einzuberufen. Das geschieht einmal mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten des Ermächtigungsgesetzes und zum zweiten, um der Reichsregierung vollständig freie Hand zu geben für die jetzigen Untersuchungen und Verhandlungen mit den Sachverständigen. Der Aeltestenrat wird in der Zeit zwischen dem 8. und 10. Februar wieder zusammentreten. In dieser Sitzung wird endgültig über die Plenarsitzung des Reichstages Beschluß gefaßt. Die Ausschüsse sollen weiter tagen.

Eine evangelische Partei.

Das Zentrum als Vorbild.

Die „Kölnische Zeitung" berichtet aus Dresden: „In Sachsen wird demnächst eine neue politische Partei gegründet, die die Sammlung ernster evangelischer Christen betreiben will. Diese Partei soll sich die Grundlage des katholischen Zentrums zu eigen machen und auch in dessen Sinne Politik treiben, allerdings nach evangelischen Belangen. Es handelt sich also um die Gründung eines evangelischen Zentrums. Der Gedanke geht von dem sächsischen Vorsitzenden der christlichen Elternvereine, dem Landesgerichtsrat Dr. Hering, aus. Die Vorarbeiten dazu sind schon so weit gediehen, daß demnächst wohl mit der Bekanntgabe der Satzungen zu rechnen sein wird."

Wenn die neue Partei im Sinne des Zentrums Politik treiben will, so wäre doch die Gründung einer eigenen Partei nicht nötig. „Ernste evangelische Christen" sind immer dem Zentrum willkommene Bundesgenossen und Mitarbeiter gewesen. So ist z. B. der der Zentrumsfraktion des Reichstages angehörige Abg. von Rehbinder evangelischer Christ.

Der Beamtenabbau in Bayern und Baden.

WTB München, 31. Jan. Der bayrische Ministerrat hat beschlossen, die drei bei Ausbruch der Revolution neu errichteten **Ministerium für Landwirtschaft, für Handel, Industrie und Gewerbe und für soziale Fürsorge** auf Grund des Landtagsbeschlusses vom 22. Dezember 1923, wonach die Zahl der Ministerien von 8 auf 5 vermindert werden soll, aufzulösen. Das Ministerium für Landwirtschaft sowie das Ministerium für soziale Fürsorge sollen in eigener Abteilung dem Ministerium des Innern und das Ministerium für Handel in eigener Abteilung dem Staatsministerium des Aeußern einverleibt werden.

WTB Karlsruhe, 31. Jan. Der Verwaltungsgerichtshof stellt infolge der Abbaumaßnahmen der badischen Regierung heute seine Tätigkeit ein. Die Geschäfte des Verwaltungsgerichtshofes gehen auf das Ministerium des Innern über.

Der Personalabbau.

WTB Berlin, 1. Febr.

Der Sparausschuß des Reichstages hat den Personalabbau im Reichsinnenministerium behandelt, wo eine Verminderung der Zahl der Beamten und Angestellten bis Ende Januar d. J. um 18,7 Prozent erfolgte.

Vertagung des preußischen Landtages.

k. **Berlin**, 1. Febr. (Privatdrahtnachricht.)

Der Aeltestenrat des preußischen Landtags beschloß, am Freitag oder Sonnabend Vertagung eintreten zu lassen.

Vaterländische Verbände.

Am 13. Januar fand in Schrobenhausen (Bayern) eine Versammlung des Blücherbundes statt. Der Präsident Schäfer hielt eine Rede, die mit den Worten schloß: „Dann haben wir noch einen schweren Kampf zu führen, den Kampf gegen Rom und die Pfaffen."

Ferner teilte er seinen Leuten mit, daß in nächster Zeit, noch vor dem Ludendorff-Hitler-Prozeß, ein Putsch stattfinde, ähnlich wie am 8. November, „aber dann werden wir mit rohester Gewalt vorgehen, alle Drähte abschneiden, alle Verkehrsmittel besetzen und die Städte absperren. Das deutsche Volk ist so dumm, das braucht Prügel."

Das sind saubere „vaterländische" Verbände! Die Träger der vaterländischen Bewegung von 1808 bis 1813, wie Görres, Arndt, Körner, Fichte, Stein und vor allem Vater Blücher, mit dessen Namen diese traurigen Helden sich schmücken, würden sich im Grabe umdrehen über diese Art von Vaterlandsliebe.

Das neue bayerische Landtagswahlgesetz angenommen.

WTB München, 31. Jan.

Im Landtag fand bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Abänderung der Landtagswahlen der abgeänderte Artikel 3 des Regierungsentwurfes, der die Zahl der gewählten Abgeordneten auf 99 festsetzen wollte, nicht die notwendige Mehrheit. Er ist deshalb abgelehnt. Darauf wurde der Eventualantrag des Verfassungsausschusses, **die Zahl der gewählten Abgeordneten auf 113 festzusetzen**, wozu noch 15 Landtagsabgeordnete kommen, **einstimmig angenommen.** Im übrigen fand das **Gesetz in namentlicher Abstimmung Annahme.**

Ausland

Die englischen Katholiken und das Kabinett Macdonald.

Der Catholic News Service vom 29. Januar lenkt die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß alle Mitglieder der Labourregierung mit einer einzigen Ausnahme aufrichtige Anhänger der christlichen Religion sind. Die Ausnahme bildet ein Minister von untergeordneter Bedeutung, der dem jüdischen Bekenntnis angehört. Das Abweichen von der Tradition, das in der Regierungsübernahme durch die Labourparty liegt, ist von Macdonald dadurch noch besonders deutlich gemacht worden, daß er zum ersten Male in der modernen Geschichte des englischen politischen Lebens einen Katholiken zum Minister gemacht hat. Es handelt sich um den Gesundheitsminister John Wheatley.

Nach der genannten Korrespondenz ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das Programm des Kabinetts Macdonald nichts enthalten wird, was auch nur entfernt Antiklerikalismus gleichkäme. Die jetzt am Ruder befindliche Partei habe bereits Versicherungen gegeben, die nicht nur die Gewissensfreiheit im allgemeinen garantierten, sondern auch irgendwelche Einmischung in den religiösen Unterricht in den konfessionellen Schulen ausschlössen. Daß die neue Regierung nicht daran denke, die Katholiken von höheren Aemtern auszuschließen, werde nicht nur durch die Ernennung eines katholischen Ministers bewiesen, sondern auch durch die Absicht, einem anderen hervorragenden Katholiken, dem Captain O'Grady, den wichtigen Posten eines englischen Botschafters in Rußland zu reservieren.

Eine Niederlage des Hetzers Venizelos.

WTB Paris, 31. Jan. Nach einer Havasmeldung aus Athen hat Venizelos wegen der oppositionellen Haltung des Führers der Demokraten, Papanastasiu in der Frage des Wiedererscheinens der royalistischen Blätter, die seit der Revolution verboten waren, und wegen des Widerstandes der Republikaner gegen seine Ausgleichsversuche die Nationalversammlung verlassen. Das Wiedererscheinen der royalistischen Blätter wurde mit 208 gegen 59 Stimmen gutgeheißen. Der Kriegsminister hatte erklärt, daß die Regierung der Frage eine große Bedeutung beimesse.

Die offizielle Bestätigung des rumänischen Kordes an Frankreich.

WTB Paris, 1. Febr. Der rumänische Gesandte hat gestern nunmehr offiziell dem Quai d'Orsay mitgeteilt, daß seine Regierung auf die Rumänien angebotene Anleihe von 100 Millionen Franken verzichte, die zum Bezug von Kriegsmaterial aus Frankreich verwandt werden sollte. Nach dem Echo de Paris scheint es, daß von der Bukarester Regierung Einwände erhoben sind, weil die Staatskommission diese Anleihe nicht ebenso rasch bewilligt habe, wie die Polen und Südslawien angebotenen Anleihen. Rumänien erklärte außerdem, es sei ihm möglich, im Lande selbst die notwendigen Kriegsmaterialien herstellen zu lassen, sodaß die angebotenen Kredite nicht nötig seien.

Soziales.

Die Streiklage im Hagener Bezirk unverändert

Die Verhandlungen mit den Metallarbeitern gescheitert.

m **Hagen**, 1. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die gestrigen Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband von Hagen und Umgebung und Industrievertretern zur Herbeiführung einer Verständigung im Lohnkampf der Metallarbeiter mußten ergebnislos abgebrochen werden.

Kündigung der städtischen Arbeiter.

Im Ausstand der Hagener technischen Angestellten sind Anzeichen für ein Abflauen der Streikstimmung nicht ersichtlich. **Die Straßenbahner von Hagen lehnten es ab, sich dem Streik anzuschließen.** Die Stadtverwaltung beschloß, **allen im Streik befindlichen städtischen Arbeitern die sofortige Kündigung wegen Tarifbruches auszusprechen.** Dieselbe Maßnahme wird gegenüber den Streikenden des Hoch- und Tiefbauamtes durchgeführt wird. Im **Elektrizitätswerk** verhandelten die streikenden Parteien gestern über die Sicherung der notwendigsten Arbeiten. **Eine Einigung kam dabei nicht zu Stande.**

Das Einsetzen der technischen Nothülfe.

Die Stadtverwaltung setzt die technische Nothilfe ein. **Die mit der Verrichtung der Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeiter verließen die Betriebe.**

Ergebnislos.

m **Hagen**, 1. Februar. (Privatdrahtnachricht.)

Die gestern nachmittag auf 2 Uhr anberaumte Verhandlung zur Beilegung des Streiks der Metallarbeiter unter Vorsitz Vorsitz des Staatsrats Dr. **Dönweg** mußte nach mehrstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen werden. Heute nachmittag treten die streikenden Parteien erneut zusammen.

Verschärfung des Streiks im Rheinischen Braunkohlenbezirk.

WTB Köln, 31. Januar. Der Streik im Rheinischen Braunkohlenbergbau hat sich weiter verschärft. Auf der letzten noch arbeitenden Grube Donatus haben heute ortsfremde Ausständische in großer Zahl die arbeitende Belegschaft von der Arbeitsstätte vertrieben und den Betrieb stillgelegt.

Die Aussperrung im oberschlesischen Holzgewerbe.

WTB Hirschberg, 31. Jan. Infolge eines wilden Streiks auf der Puschewen A.-G. in Langenöl bei Laubahn hat die Verwaltung für das Holzgewerbe in Schlesien beschlossen, allen holzverarbeitenden Betrieben Schlesiens mit Ausnahme von Breslau die Arbeiter auszusperren. Die Aussperrung hat am Montag begonnen. Im ganzen sind etwa 800 Betriebe mit 6600 Arbeiter stillgelegt. Die Aussperrung ist fast vollständig durchgeführt.

Beilegung des Metallarbeiterstreiks in Magdeburg.

WTB Magdeburg, 1. Februar.

Da bei der Abstimmung der Metallarbeiter und der verwandten Berufe über den Schiedsspruch eine Zweidrittelmehrheit erreicht wurde, wird die Arbeit heute wieder aufgenommen.

Ausdehnung des indischen Spinnerstreiks.

WTB Bombay, 1 Februar.

Die Zahl der streikenden Spinnereiarbeiter stieg auf 140 000, die der stillegenden Spinnereien auf 75

Aus der westfälischen Zentrumspartei.

Sitzung des Beamtenbeirates.

Am **Montag**, dem 4. Februar, nachmittags Zehnhalb Uhr beginnend, findet im kath. Vereinshaus zu Hamm eine Sitzung des Beamtenbeirates der westfäl. Zentrumspartei statt. Tagesordnung:

1. Der Beamtenabbau im Reich und in Preußen.
2. Die kommenden Wahlen.
3. Verschiedenes.

Die Herren Reichspostminister Dr. Höfle und Landtagsabgeordneter **Baumhoff** werden sprechen. Besondere Einladungen ergehen nicht; vollzählige Teilnahme der Mitglieder wird im Hinblick auf die große Wichtigkeit der Verhandlungen bestimmt erwartet.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Olpe, 1. Febr

Infolge von Telefonstörungen mit Berlin und Köln, sowie Essen in den späten Abend- und Nachtstunden konnten wir leider die allerletzten Nachrichten von unserem Berliner Vertreter und dem Nachrichtenbüro nicht erhalten.

Abschiedsfeier des hochw. Herrn Vicar Marx

Verhältnismäßig plötzlich kam die Nachricht von der endgültigen Uebersiedlung unseres hochverehrten Herrn Vikars Marx als Domvikar und Generalsekretär der Männer-Fürsroge nach Paderborn. Welcher Liebe und Verehrung sich Vicar Marx in den Kreisen der Bevölkerung erfreute, zeigten die in aller Eile von den Vereinen veranstalteten Abschiedsfeiern. **Mittwoch nachmittags hatte die Jungfrauenkongregation** ihre Mitglieder zum Vereinssaale geladen, um ihrem Präses noch einmal den Dank für seine 11jährige Tätigkeit in der Kongregation auszusprechen. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Kleine Vorführungen, bestehend in Deklamationen, Reigen, Theaterstückchen wechselten miteinander ab. Pfarrer Hirschmann hielt im Namen der Kongregation dem scheidenden Präses die Abschiedsrede.

Abends 8 Uhr war eine

große öffentliche Abschiedsfeier,

die vom hiesigen kath. Arbeiterverein einberufen war. In anerkennenswerter Weise hatten sich die Feuerwehrkapelle, der Gesangverein des christlichen Metallarbeiterverbandes und der Gesangverein Cäcilia in den Dienst der Sache gestellt und alle trugen wirklich viel zur Verschönerung des Abends bei. Die Festrede hielt Pfarrvikar Koch-Eiserfeld. Für die Arbeiterschaft sprach Gewerkschaftssekretär Schrage Worte herzlichen Dankes dem scheidenden Präses und Bezirkspräses des kath. Arbeitervereins. Er hob seine Verdienste für die kath. Arbeiterschaft rühmend hervor, und er versicherte, daß Vicar Marx sich ein dauerndes Andenken in den Herzen der Arbeiterschaft erbaut habe. Im Namen der Pfarrgeistlichkeit und der Pfarrgemeinde entbot Pfarrer Hirschmann die Abschiedsgrüße. Als Vertreter der Bürgerschaft sprach Bürgermeister Sommerhoff. Lehrer Schindler dankte dem Scheidenden im Namen der Zentrumspartei für alle seine Arbeiten. **Die schöne Feier wurde mit einem kräftigen Hoch auf Vicar Marx geschlossen.** Für seinen neuen Wirkungskreis wünschen alle Olper Vicar Marx viel Glück und Segen. **Wir werden ihn nie vergessen!**

Die Beschlagnahme der Stadtschule für die Schupo.

Am Montag abend fand im Rathaussaale eine gemeinsame Sitzung der Schuldeputation und der Kuratorien der Höhern Stadtschule und der gewerblichen Fortbildungsschule statt, in der die Beschlagnahme des Gebäudes der Höhern Stadtschule für die Zwecke der Schutzpolizei und die daraus sich ergebenden Folgen für das Schulwesen der Stadt zur Beratung standen. Aus der Versammlung heraus wurde eine Resolution vorgeschlagen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß man sich von Seiten der Körperschaften **nur dem Zwange bei der Beschlagnahme fügt, daß man aber den Eingriff in die Schulverhältnisse verurteilt.** Diese Resolution **wurde einstimmig angenommen.**

Der ewige Kampf.

3) Roman von **Karlfriedrich Baberadt.**

Die Aussicht, den Eindringling bald wieder los zu werden, stimmte die Gemeingeräte so vergnügt, daß sie in Freundlichkeiten gegen Potter wetteiferten, und als man sich zu vorgerückter Stunde trennte, hatte dieser den Eindruck gewonnen, in Lossum überall willkommen zu sein.

Der Empfang, den der Amerikaner auf dem Bruckschenhof fand, war von anderer Art. Nicht freundlicher — das konnte der stiernackige Bauer nicht, aber herzlicher, aufrichtiger. Als Herry Potter in der Herrenstube vor dem breitschultrigen, hochgewachsenen Mann stand, hatte er einen langen, prüfenden Blick auszuhalten. Es war, als wollte ihn Gerd Bruckschen durch und durch schauen. Und war doch keine Spur von Neugierde in diesem Blick. Die grauen Augen des Herrn musterten nüchtern und nachdenklich den Wuchs des Knechtes und seine Art und schätzten für sich die Kräfte ab, welche der Fremde zur Arbeit wohl mitbrächte.

Der Bauer schien zufrieden zu sein. „Ich behalte Euch, Potter! Hoff, daß wir miteinander auskommen werden. Müßt Euch nicht scheuen, wos was anzupacken gibt, glaub' auch, Ihr Amerikaner hab's Arbeiten gelernt. Scharf zuseh'n, wo's fehlt, und rasch helfen, das ist das ganze Geheimnis. Mit dem Vieh wißt Ihr Bescheid, habt Ihr mir gesagt. Mit der Wirtschaft draußen auch, denk ich. Gut, könnt sofort anfangen. Aber eins noch: Euer Name. Ich ruf Euch deutsch, ob's Euch paßt oder nicht, denk aber, 's wird Euch schon passen. Eure Eltern waren ja auch Deutsche. Und nun: Gott segne Euren Eingang, Heinz Potter".

Es käme nicht oft vor, daß der Bauer zu einem Neuen so viel spräche, sagten die anderen Knechte später zu Potter; er sei wortkarg und kein Freund langer Unterhaltungen, seit die Bäuerin tot sei. Und sie betrachteten Heinz Potter schon um deswillen als etwas Besonderes, daß ihn der Herr richtig mit einer „Rede" empfangen hatte. Aber auch sie waren mißtrauisch, ohne es ihm merken zu lassen, auch sie lachten heimlich, als sie Potters Geschichte erfuhren, und der alte Großknecht Kobes, der von Kindesbeinen an auf dem Bruckschenhof arbeitete, schwur tausend Eide, daß niemals in Lossum Leute mit dem Namen Potter gelebt hätten.

Heinz Potter fühlte von der ersten Stunde an, wie sich die Kameraden vor ihm verschlossen, und er war ehrlich bemüht, ihr Vertrauen zu gewinnen. Zuerst ward er um seine Altersgenossen. Bei ihnen hatte er durch sein heiteres, aufrichtiges Wesen einen leichten Sieg. Es dauerte nicht lange, da betrachteten sie ihn schon ganz als einen der ihrigen. Aber auch die beiden Alten, den Kobes und den Pitter, brachte er schließlich auf seine Seite. Freilich waren daran weniger seine eigenen Verdienste schuld, als Meister Boersma. Der Ortsvorsteher wartete ein paar Tage, ob der Amerikaner nicht doch noch zu ihm kommen werde, um in der Mühle zu arbeiten, aber als er nicht erschien, schickte er den Gemeindediener hinüber und ließ ihn auffordern, mit seinen Ausweispapieren bei ihm zu erscheinen.

Gerd Bruckschen wollte sie dem Knecht erst nicht herausgeben. „Es genügt, wenn ich Eure Papiere in Ordnung gefunden und Euch angemeldet habe. Den alten Esel geht das gar nichts an. Glaubt wohl, mir wieder einen Streich spielen zu können. Will's ihm schon verfalzen, das Vergnügen! Jeden Neuen versucht er mir abspenstig zu machen. Sind auch schon viele drauf reingefallen. Ihr seid keiner von denen, denk ich, Heinz Potter."

Potter sagte ihm, daß ihn Boersma bereits aufgefordert habe, in die Mühle zu kommen, aber er sei nicht hingegangen und werde es auch nicht tun. Da lachte der Bauer und gab ihm die Papiere. „Gut, gut! Seh, daß Ihr ein rechter Kerl seid. Werdet's gut haben auf dem Bruckschenhof! Sie wollen mich gern zum Leutefchinder machen, weiß es wohl . . . . Had noch keinen gehalten, der fort wollte."

Boersma legte sein breites rotes Gesicht in die ernstesten Amtsfalten, als Heinz Potter vor ihm stand. Die hochnotpeinlichen Fragen des Ortsgewaltigen beantwortete der Bursche freimütig. Seine ganze Geschichte mußte er noch einmal erzählen. Es war ein regelrechtes Verhör.

„Ihre Eltern hießen?" wollte Boersma wissen.

„Potter. Ernst Potter und Anna Potter."

„Wie alt waren sie?" Das wußte der Bursche nicht.

„Sie sind schon lange tot?"

„Mein Vater starb, als ich noch ein Knabe war; meine Mutter starb vor einem Jahre."

„Ihre Eltern stammten angeblich von hier?"

„Ja. Sie haben mir oft von ihrer Heimat erzählt. Ich hätte die Kirche und den Bruckschenhof, ja das ganze Dorf wiedererkannt, auch wenn ich nicht hätte nicht gewußt, wie es hieß."

Boersma zuckte mit den Schultern und lächelte überlegen. „Ich habe in den Kirchenbüchern nachsehen lassen. Ein Ehepaar Potter hat nie hier gelebt. Auch in unseren Gemeindelisten fehlt der Name vollständig. Sie werden zugeben, daß das ein bißchen sonderbar ist."

Heinz Potter wurde einen Augenblick verlegen. Sollte er sich dennoch geirrt haben? Sollte er die Erzählungen der Mutter falsch verstanden haben? Aber da war ja noch der Brief. —

„Aber der Brief, er war für Pastor Merling! Darauf schien Boersma nur gewartet zu haben. „Und wo ist der Brief?"

„Ich habe ihn verloren."

Boersma lachte laut. „Verloren! Ausgezeichnet. Wie Ihre Papiere, nicht wahr?"

„Wir hatten Schiffbruch."

„Ach, wirklich? Kam Ihnen wohl recht gelegen, der Schiffbruch? Wie hieß denn der Dampfer? Wann war's denn passiert?"

„Ein Dampfer war's nicht. Ich bin gefahren auf einem Segelschiff, 's war billiger und . . . . und ich fahre so gern . . . Das Schiff nannte sich „Delgönne" . . . . Wir scheiterten an der englischen Küste und hatten gerade noch Zeit, das nackte Leben zu retten. Kein Mensch ist ertrunken, aber die ganze Ladung und alles, was uns gehörte, ging unter. Uebrigens, hier ist die Bescheinigung der Reederei . . ."

Der Ortsvorsteher prüfte knurrend das Papier. „Warum trugen Sie Ihre Papiere und Ihre Barschaft nicht auf den Leib gebunden?"

Heinz Potter schaute ihm verständnislos an. Er begriff den Sinn dieser Frage nicht.

„I beg your pardon, mister . . ." sagte er.

„Ich weiß schon!" unterbrach ihn Boersma. Offenbar hielt er die englischen Worte für die Antwort auf seine Frage und er wollte nicht eingestehen, daß er sie nicht verstand. „Ihre Papiere haben Sie auch verloren, sagen Sie. Ihr Dienstherr hat Sie aber ordnungsgemäß angemeldet . . . ."

„Of course . . . ich ja neue Papiere. Hier das vom amerikanischen Konsul in Hamburg. Und hier das von der Polizei in Düsseldorf und das vom Landratsamt in . . . ."

„Zum Donnerwetter", fiel ihm Boersma ins Wort, „das braucht Ihr mir nicht zu sagen. Lesen kann ich selber". Und mit gerunzelter Stirne vertiefte er sich in die Papiere, die seine schönsten Pläne zunichte machten. Dennoch war das Mißtrauen bei ihm noch nicht verschwunden, als er sie Potter zurückgab, denn Meister Boersma traute seinen eigenen Erfahrungen letzten Endes doch mehr als den Papieren.

Die donnernde Rede, die sich Boersma zurechtgelegt hatte, mit der er den Eindringling in Lossums Frieden abschieben wollte, wurde ungesprochen bleiben und auch die Schadenfreude, den stolzen Gerd Bruckschen als Urkundenfälscher auf der Anklagebank zu sehen, mußte er begraben. Noch ehe Heinz Potter vor Boersma erschienen war, hatte der Großbauer dem Ortsvorsteher kurz und bündig erklären lassen, er werde sich ohne weiteres an die Regierung wenden, wenn dem Potter irgendwelche Schwierigkeiten gemacht werden sollten.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftsteil.

Zur Kreditnot der Landwirtschaft.

Im preußischen Landtage führte der Zentrumsabgeordnete **Schmeitzer** zur Kreditnot der Landwirtschaft folgendes aus:

Es wird wohl viele überrascht haben, daß die Kreditgewährung heute mit einer so hohen Zinsbelastung einhergeht. Es ist tatsächlich dem Außenstehenden unverständlich, daß ein Rentenmarkkredit, den die Reichsbank von der Rentenbank für 6 Prozent bekommt an die Genossenschaftsbanken oder an andere Einrichtungen weitergibt, sofort mit weiteren 4 Prozent belastet wird. Heute, wo wir eine Stabilisierung der Mark haben, möchten wir auch wieder die früher gewohnten Prozentsätze in die Erscheinung treten sehen. Jedenfalls sollten die Prozentsätze nicht in dem jetzigen Ausmaße erhöht werden. Was ich besonders bedauere, ist, daß gerade die Landwirtschaft hierunter am meisten zu leiden hat. In vielen Kreisen der Bevölkerung ist ja die Meinung vorhanden, die Landwirtschaft brauche keine Kredite, die Landwirtschaft habe sich so voll gesogen, daß sie nunmehr einen guten Aderlaß vertragen könne. Die Inflation, die so manchen verarmt hat, hat auch die landwirtschaftlichen Einnahmen hinschwinden lassen. So ist die Landwirtschaft, wenn sie heute ihre Steuern zahlen und auch ihre Produktionsmittel auf der Höhe erhalten will, mehr als jemals in den letzten 50 Jahren, in diesem Frühjahr auf ausgedehnten Kredit angewiesen. Wie denkt man sich die Zahlung der Steuern und daneben die Aufrechterhaltung der Produktion? Es ist bekannt, daß der Kalibergbau z. B. nur ein Drittel der früheren Beschäftigung hat, daß z. B. die Bestellungen auf Amoniak schon seit September zurückgegangen sind und daß augenblicklich gar keine Bestellung auf Amoniak bei den einzelnen Genossenschaften eingeht, weil kein Geld da ist.

Die 10prozentige Verzinsung, die die Reichsbank von denjenigen fordert, die mit ihr in Verkehr treten wollen, verteuert sich für den Bauernstand noch vielmehr. Die Preußische Zentral-Genossenschafts-Kasse nimmt 16 Prozent von den untergeordneten Genossenschaften, die Genossenschaften und anderen Banken nehmen wieder 18, 19, 20, ja sogar 25 bis 30 Prozent von den einzelnen Darlehnsnehmern. Wenn von den Bauern Wechsel verlangt werden, auf denen dann noch 2—3 Genossenschaften als Akzeptanten stehen, dann kann man sicher sein, daß ein Bauer, der früher einmal einen Wechsel unterschrieben und vielleicht damit böse Erfahrungen gemacht hat, sich hüten wird so schnell wieder in dieses Fahrwasser hineinzugeraten. Deshalb muß die Reichsbank die Akzepte von den Genossenschaftsbanken annehmen und sie muß sie kreditieren. Der Landwirt, auch der Kleingewerbetreibende auf dem Lande muß wieder bei seiner Darlehnskasse Personalkredit nehmen können. Wir können heute unmöglich die hohen Zinssätze zahlen. Dabei, sind diese Zinssätze aber in Wirklichkeit noch viel höher. Kommt jemand heute tatsächlich in die Verlegenheit, wegen irgend einer Zahlung — sei es nun eine Steuerleistung oder sei es eine andere Abgabe —, 4—500 M. borgen zu müssen, so bekommt er sie nicht gegen einen jährlichen Zinssatz von 25 bis 30 Prozent, sondern muß einen täglichen Zinssatz von einhalb—1 Prozent zahlen; vor 3 Wochen sind sogar noch 3 Prozent tägliche Zinsen genommen worden. Bei 3 Prozent täglichen Zinsen wird das Kapital in einem Monat fast verdoppelt. Diese Kreditnot wird erst richtig in die Erscheinung treten, wenn der Winter weicht und die Bestellung losgehen soll. Ich sehe nirgends einen Ausweg aus dieser Sache. Die Beleihung der landwirtschaftlichen Güter ist zum Teil durch gesetzliche Bestimmungen z. B. für die Landschaften eingeengt. Heute können die Landwirtschaften nur 10 Prozent der Beleihung einem Gutsbesitzer geben, die sie ihm in der Vorkriegszeit haben geben können. Ich habe ein bestimmtes Gut im Auge, das in der Vorkriegszeit auf Grund einer Taxe mit 50 000 Goldmark beliehen war. Der Betreffende wollte nun vor einigen Wochen wissen, wie hoch das Gut von der betreffenden Landschaft beliehen werden könne, und da wurde ihm eröffnet: nach der Taxe, die im Jahre 1914 gemacht ist, mit 500 Ztr. Roggen. Angenommen, der Mann hätte die 500 Ztr. Roggen-Pfandbriefe genommen, dann könnte er sie jetzt mit 3,50 M. bis 4,50 M. veräußern. Es war also die Beleihungsgrenze für dieses Gut zwischen 1750 und 2250 M., während dasselbe Gut in Friedenszeit glatt 50 000 Goldmark von der betreffenden Landschaft geliehen bekommen hatte auf Grund derselben Taxe, die damals vorlag. Nun hat man gesagt: die Landwirtschaft kann jetzt in die Substanz hineingreifen. Es muß aber jemand da sein, der die Substanz flüssig macht. Daß wir dahin kommen, daß unsere Bauerngüter schließliche wie Aktien an der Börse gehandelt werden, wollen sie doch wohl alle nicht. Aber wir sind schon auf einem schlimmen Wege sind. So sind in der Gegend von Rastenburg schon 16 Bauerngüter im Laufe des Herbstes verkauft worden. Der Großgrundbesitz ist vielleicht noch in der Lage, hier und da ein Gut aufzukaufen, und ferner werden diejenigen, die tatsächlich an der Inflation gewonnen haben, noch Güter kaufen können, aber im übrigen wird sich bei der heutigen geldlichen Lage in Deutschland die Güterauflust schnell verlieren. Die Güter werden keine Käufer mehr finden, und wenn sich erst einmal das internationale Kapital des deutschen Grund und Bodens bemächtigt, wie es sich in nächster Zeit vielleicht unserer Bergwerke und der übrigen industriellen Anlagen bemächtigen wird, werden wir in Deutschland die Heloten sein, die arbeiten müssen, und aus deren Knochen die Ausländer ihr Wohlbehagen und ihr Wohlleben herausschinden. (Zustimmung im Zentrum.)

Die Fiktion der Papiermark hat uns in großem Maßstabe in dieses Elend hineingebracht, und daran ist nicht wenig auch die Reichsbank schuld, die die großen Kredite gegen Wechsel ausgeschrieben hat und sich nach 2 Monaten ganz ahnungslos die entwertete Papiermark gegen ein paar Prozent Zinsen hat in die Hand drücken lassen. (Sehr richtig im Zentrum.) Aber auch die verschiedenen Auflagen der Goldanleihen haben in merkwürdiger Weise immer weiter die Inflation begünstigt, zum Schluß auch die Hereinnahme der ungezählten Trillionen von Notgeld, welche gegen Reichsbanknoten zinslos eingetauscht wurden, die wiederum zum Einkauf von Devisen benutzt wurden. Alles diese hat immer weiter unsere Mark in den Abgrund getrieben. Heute will die Reichsbank, die erster Stelle die Verluste aus allen diesen Dingen zu verzeichnen hatte, mit ihrer Zinspolitik aus uns das Manko herausholen. Die Fiktion der Papiermark hat uns Landwirten von dieser (links) Seite des Hauses immer den Ruf als Wucherer eingetragen. Jetzt, wo die Nebel der Papiermark verschwunden sind, sieht man auch dort ein, welche Goldmarkpreise wir in Wirklichkeit erhalten haben. Der **Papiermarkpreis**, den der deutsche Bauer im Anfang Januar 1920 erhielt

für Weizen:

				Weltmarktpreis
1920:	425	P. M.	dagegen	8700
1921:	1555	„	„	5675
1922:	2300	„	„	8400
1924:	180 000	„	„	372 000

Heute Weizen: 7—7,50 Mk.

für Roggen:

				Weltmarktpreis
1920:	405	P. M.	dagegen	6300
1921:	1415	„	„	4000
1922:	2100	„	„	6554
1923:	16 000	„	„	250 000

Heute Roggen: 6—6,50 Mk. Hafer: 5—5,50

Wir haben 50 bis 95 Prozent unter dem Weltmarkpreis verkauft und mußten uns Wucherer schimpfen lassen. Der Verkaufspreis für Kartoffeln im Jahre 1922 mit 300 bis 600 M. bei einem Dollarstand von 2000 bis 6000 im Oktober 1922 bedeutete 50, 60, 70 Pfennig für den Zentner. Da sind Leute wegen Wuchers bestraft worden, die diese Preise um 10 Prozent überschritten. Heute noch habe ich die Eingabe eines Eichsfelder Bauern gelesen, der wegen Wuchers bestraft worden ist, weil er im September 1922 bei einem Dollarstand von 90 Millionen für seinen Kartoffeln 50 Millionen pro Zentner verlangt hat, d. h. 2,30 M. In diesem Monat nun soll er 238,60 M., Goldmark, für Strafe und Kosten bezahlen. So sind bis heute die Landwirte behandelt worden, das ist die Wucherei der Landwirte, die so oft verschrieen wurde, und heute verstummt man. Jetzt stehen wir hier und sagen: Die Landwirtschaft hat Kredit nötig zur Erhaltung und Förderung der Produktion, nicht zu ihrer Ernährung. Es ist sicher der Bauer ist der letzte, der verhungert. Wenn er verhungert, dann ist schon mancher im Lande verhungert, denn er hat das Produkt zuerst in der Hand. Es frieret auch nicht der Bergarbeiter, wenn andere schon frieren, weil er die Kohle aus der Erde holt. Deshalb ist die Frage der Produktionserhöhung in viel höherem Maße für die konsumierende Bevölkerung eine Frage von Beachtung als für die Landwirtschaft.

Der Staat hat gegenüber der Allgemeinheit Verpflichtungen. Er hat auch

Verpflichtungen gegenüber der Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft ist derjenige Teil der Bevölkerung, auf die jetzt die Steuergesetze in großem Maßstabe herniederprasseln. Reich, Staat und Gemeinden glauben eine unerschöpfliche Quelle bei uns entdeckt zu haben. Es ist nicht nur die Grundsteuer, sondern ich kann Ihnen gleich so viel Steuern, wie ich Finger an der Hand habe, aufzählen, die der Bauer bezahlen muß. Auf der einen Seite eine große Leistungsforderung und auf der anderen Seite werden Löcher in den Staatssecksel gerissen von einer Seite der Staatsbetriebe, die wie wir eigentlich annehmen müßten, Löcher zu stopfen hätten; nun sollen wir auch diese stopfen. Der alte Fritz hat nach dem siebenjährigen Kriege sein größtes Augenmerk der Hebung der Landwirtschaft zugewendet, aber nicht darauf, wie er sie mit Steuern erdrücken solle; er hat auch nicht die Banken instruiert, wie die Zinssätze in die Höhe geschraubt werden müßten. Er hat sofort von seinen Einnahmen, die damals 30 Millionen Taler betrugen, drei Millionen Taler, also 10 Prozent seiner Einnahme, aufgewendet, um die Landwirtschaft zu heben. Nur dadurch ist der preußische Staat damals so schnell wieder erstanden, weil man die Urproduktion, die Landwirtschaft, gefördert hatte. Ich möchte die Regierung bitten, der Kreditnot der Landwirtschaft die allergrößte Aufmerksamkeit zu schenken. Wir können tatsächlich in diesem Frühjahr die nötigen Produktionsmittel wie künstlichen Dünger und was damit zusammenhängt, Saatgut — ich will garnicht an die Verbesserung des Saatgutes denken — nicht bezahlen, wenn nicht der Personalkredit auf dem Lande wieder hergestellt wird. Unsere Darlehnskassen sind bankrott, unsere Sparkassen haben kein Geld; Die Einleger sind noch nicht da. Eben wurde gesagt, daß man sich freut, daß wieder eine Million Rentenmark gespart ist. Was ist das überhaupt für eine Summe? Die preuß. Landwirtschaft kann augenblicklich keine Ersparnisse machen. Vor allen Dingen muß darauf gedrängt werden, daß die **Rentenmarkkredite billiger in unsere Hände kommen.** Da die Landwirtschaft 50 Prozent der Garantien für die Rentenbank übernommen hat, wird sich doch wohl ein Weg finden lassen, ohne allzugroße Verteuerung der Zinssätze die Landwirtschaft an diesen Rentenmarkkrediten teilnehmen zu lassen. Die Frage muß von Fachleuten geprüft werden. (Bravo! im Zentrum).

Die Sätze der preußischen Grundsteuer.

Bei dem Kompromiß in der Grundsteuerfrage einigten die Parteien im **Hauptausschuß** sich auf eine **Ermäßigung der Sätze für die Landwirtschaft.** Es wurden folgende Sätze festgesetzt:

für die ersten	10 000 M.	gleich 10 Pfg.
für die nächsten	30 000 M.	gleich 15 Pfg.
für die nächsten	60 000 M.	gleich 20 Pfg.
für die nächsten	100 000 M.	gleich 25 Pfg.

Wirtschaftseinheit ist 200 000 M. Ueber 200 000 M. gilt der allgemeine Satz von 25 Pfg. Ob in dieser Fassung die Vorlage in der Schlußabstimmung endgültig durchgeht, steht noch dahin.

Die Börsen-Kopfsteuer.

Das Reichsfinanzministerium hat den alten Gedanken einer Sonderbesteuerung der Börsenbesucher wieder aufgegriffen. Ein entsprechender Gesetzentwurf liegt bereits dem Reichsrat vor und dürfte auch in Kürze dem Reichswirtschaftsrat zugehen. Ueber den Entwurf selbst erfahren wir folgende Einzelheiten: Die Steuer selbst wird grundsätzlich in eine Börsenzulassungs- und eine Besuchssteuer geteilt. Die erstere ist einmal, die andere regelmäßig jeden Monat zu entrichten. Der Ertrag der Börsenbesuchssteuer wird für die sämtlichen inländischen Börsen auf zusammen 1 Mill. Goldmark für den Monat berechnet u. soll nach einem bestimmten, aber abänderungsfähigen Schlüssel auf die einzelnen Börsen umgelegt werden. Vorläufig ist diese Umlage folgendermaßen verteilt: Berlin 55 Prozent, Frankfurt und Hamburg je 10 Prozent, Düsseldorf und Köln je 5 Prozent, Breslau, Dresden und Stuttgart je 1 Prozent, Augsburg, Chemnitz, Königsberg, Lübeck, Magdeburg, Mannheim, Stettin und Zwickau je einhalb Prozent. Die Börsenzulassungssteuer soll den doppelten Monatsbetrag der Börsenbesuchssteuer betragen. Die vereidigten Kursmakler und ihre Angestellten unterliegen keiner Steuer.

Nach dem Entwurf, dem eine Begründung bisher nicht beiliegt, soll das Gesetz bereits am 1. Februar in Kraft treten.

Das Schicksal unserer Reichsbahnen.

Immer mehr scheint sich das Bestreben auf der Gegenseite herauszubilden, die im besetzten Gebiet liegenden Vermögens- und Besitztitel der deutschen Reichsbahn zu Gunsten der sogenannten „Pfänderpolitik" nutzbar zu machen. Der erste Sachverständigenausschuß, der nun in Berlin zusammengetreten ist, hat einen Vorschlag ausgearbeitet, wonach ein **deutscher Eisenbahn-Konzern** geschaffen werden soll, der nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen gebildet und verwaltet werden und an dem **auch das ausländische Kapital sich beteiligen** soll. Danach besteht die Gefahr, daß die Einheit der Reichseisenbahnverwaltung, die ja ohnehin durch die Verhältnisse im besetzten Gebiet unterbrochen ist, auch formell aufgelöst wird. Wie aber unsere Wirtschaft nur als Ganzes etwas leisten kann, so auch die Eisenbahn. Die Reichsregierung beabsichtigt übrigens, durch Notverordnung **die Reichsbahn vom Etat** zu lösen

Bresche in die Finanzblockade Deutschlands.

Von wirtschaftspolitischer Seite wird uns geschrieben:

Soeben hat ein sehr bedeutsamer Vorgang sich ereignet, der auf nichts geringeres hinauskommt, als das in die eigentlich seit Kriegsbeginn bestehende Finanzblockade Deutschlands eine erhebliche Bresche geschlagen ist. Das ist geschehen durch die Gründung einer internationalen Bank in Amsterdam. Die Führung liegt bei der Amsterdamer Bank und der Twentschen Bank. Die Stockholmer Enskilda und die Darmstädter und Nationalbank in Berlin fungieren mit als Gründer. Weitere Beteiligungen liegen vor von den bedeutendsten englischen Bankhäusern: Lazard brothers und Co. und Lloyds Bank. Auch noch ein anderes großes englisches Bankinstitut, nämlich der Whitehall-Trust ist daran beteiligt. Das Aktienkapital beträgt vorerst 10 Millionen Gulden. Diese Bankgründung hat eine weitgehende über die rein wirtschaftlichen Funktionen hinausragende wirtschaftspolitische und allgemein politische Bedeutung. s Zum ersten Male seit dem Kriege sehen wir hier einen Zusammenschluß internationaler Bankhäuser zu dem Zweck, für die internationalen Wirtschaftsbedürfnisse unter Beteiligung Deutschlands die Wege zu bahnen. Die Bank wird vor allem die Aufgabe haben, der deutschen Wirtschaft und Industrie die Finanzierung von Auslandskrediten wie überhaupt die finanzielle Unterstützung aller Auslandsgeschäfte zu ermöglichen. Selbstverständlich ist diese Gründung durchaus kaufmännisch und wirtschaftlich aufgezogen, ohne jeden politischen Beigeschmack, und so bildet der Vorgang einen bemerkenswerten Auftakt zu den jetzt in Berlin beginnenden Verhandlungen der wirtschaftlichen Sachverständigen.

Neue Kruppanlagen in Spanien?

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 1. Februar.

Havas meldet aus Madrid, daß einige Sachverständige der Firma Friedrich Krupp die **Eisenwerke von Taragona** besichtigten und die Möglichkeit der Einrichtung **von Hochöfen und Werften** unter der Leitung deutscher Ingenieure prüften, um Schiffe jeden Tonnengehalts konstruieren zu können.

Der Reichsbankausweis.

Verringerung des Notenumlaufs.

Zunahme der Rentenmarkkredite.

WTB Berlin, 31. Jan. Der Ausweis der Reichsbank vom 7. d. M. läßt nach den Notenabflüssen während der letzten drei Dezemberwochen für die erste Januarwoche eine, wenn auch **geringfügige Abnahme des Banknotenumlaufs**, nämlich um 5,5 auf 491 Trillionen Mark erkennen. Auch die Girobestände auf den Papiermarkkonten der fremden Gelder gingen zurück, und zwar um 55,2 auf 417,4 Trillionen Mark. Dagegen erfuhren die Rentenmarkgirobestände von neuem eine beträchtliche Ausdehnung um 97 auf 172,1 Millionen Rentenmark. Insgesamt weisen also die fremden Gelder der Bank eine Zunahme um 41,7 Trillionen Mark auf.

Den Zuflüssen an Rentenmark im Giroverkehr stehen wachsende Ansprüche **an Rentenmarkkrediten** im Diskont- und Lombardgeschäft gegenüber. Der Bestand der Bank an Rentenmarkwechseln stieg um 56,6 auf 71,8, das Rentenmarklombardkonto um 36,4 auf 163,4 Millionen Rentenmark. Im Papierkreditgeschäft war ein weiterer Rückgang des Wechselportefeuilles um 23,3 auf 284,2 Trillionen Mark zu beobachten, während die Lombardforderungen auch hier sich vermehrten, und zwar um 7,7 auf 149 Trillionen Mark. Die zinstragende Kapitalanlage der Bank erhöhte sich demgemäß im ganzen um 77,4 auf 668,5 Trillionen Mark. In den Beständen der Bank an Rentenmarkscheinen ergab sich (im wesentlichen unter dem Einfluß der erwähnten Rentenmarkgeschäfte) eine Verminderung um 17,4 auf 175,5 Millionen Rentenmark.

Die **Darlehnskassen des Reiches** liehen 0,1 Trillionen Mark neu aus. Ihr Darlehnsbestand, sowie entsprechend der Bestand der Reichsbank an Darlehnskassenscheinen hob sich infolgedessen auf 9,4 Trillionen Mark.

Goldmarkbuchführung spätestens am 1. Februar

Spätestens 1. Februar sind durch eine „Verordnung über Buchführung auf wertbeständiger Grundlage" sämtliche Buchungsvorgänge in Goldmark oder in englischen Pfunden, Dollars, Schweizer Franken, holländischen Gulden zum Buchen aufzuzeichnen. Billionenmark und Rentenmark gelten z. Zt. als wertbeständig.

Französische Maßnahmen gegen den Frankensturz.

WTB Paris, 1. Febr. Der französische Justizminister legt dem Parlament einen Gesetzentwurf vor, durch den Zahlungen in anderen Währungen als dem französischen Franken verboten werden. Gewisse Einschränkung sollen nur gemacht werden für Käufe, die nach Handelsbrauch in Devisen erfolgen.

Dortmunder Zuchtviehmarkt.

h **Dortmund**, 31. Jan. Zum gestrigen Zuchtviehmarkt wurden aufgetrieben 1055 Stück **Großvieh**, 563 Schweine, 1 Kalb, 1 Schaf und 4 **Ziegen**. Der Handel in **Großvieh** war in guten Tieren **mittel**, sonst schleppend. Es wurden bezahlt für Kühe 1. Sorte 500—575, 2. Sorte 400—500, 3. Sorte 300—400, 4. Sorte 200—300, 5. 125—200 Goldmark. Beste Tiere wurden über Notiz bezahlt. Rinder kosteten 1. Sorte 350—400, 2. Sorte 275—350, 3. Sorte 225—275, 4. Sorte 150—225, 5. Sorte 100 bis 150 Goldmark. Am Schweinemarkt war der Handel langsam. Es wurden bezahlt für Ferkel im Alter von 6—8 Wochen 10—15, von 8—10 Wochen 15—20, von 10—12 Wochen 20—30 Goldmark, Faselschweine kosteten 30—40 Goldmark. — Der nächste Markt findet Mittwoch, den 6. Februar statt.

!! **Altendorn**, 31. Jan. In der letzten **Stadtverordnetensitzung** wurde als Stadtverordnetenvorsteher Professor **Kalbfleisch**, als dessen Stellvertreter Prokurist **Rustemeyer**, als Schriftführer Oberstadtsekretär **Janders**, als dessen Stellvertreter Kaufmann Karl **Uekell** gewählt. Dann beschäftigte das Kollegium sich mit der Frage des Verkaufes der Klosterkirche, des anliegenden Kreuzbündnisse und Verwaltungsgebäudes. Der Franziskanerorden steht vor der Frage, entweder die genannten städtischen Gebäulichkeiten zu erwerben, oder ein neues Kloster zu bauen. Am liebsten ist dem Orden der Wiedererwerb der städtischen Bauten, die ihm früher gehörten und mit denen er sich aus Platät verbunden fühlt. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt unter Würdigung dieser Gründe grundsätzlich dem Verkauf zu. In der Preisfrage entstanden Schwierigkeiten. Nach halbstündiger Vertagung der Sitzung, in der mit Vertretern des Ordens verhandelt wurde, einigte sich das Kollegium, dem Orden folgendes Angebot vorzuschlagen: Der Orden bezahlt zweidrittel der Summe von 200 000 Mark (Neubaukosten des Rathauses). Sollte der Bau teurer werden, so beteiligt sich der Orden an der Ueberteuerung mit zweidrittel, jedoch nur soweit letztere den Betrag von 50 000 Mark nicht übersteigt. Hiernach soll also der Orden mindestens zweidrittel von 200 000 Mark, höchstens aber zweidrittel von 250 000 Mark zahlen. Ferner wird der Orden gebeten, der Stadt bei Schaffung der von ihr für den Neubau eines Rathauses benötigten Hypothek behilflich zu sein. Die Vertreter des Ordens wollen in diesem Sinne dem Ordenskapitel in Düsseldorf mündlich berichten und dessen Entschließungen der Stadt mitteilen. Nach dem von Forstmeister v. Druffel erläuterten Hauungs- und Kulturpläne für das Wirtschaftsjahr 1923-24 wirft der Wald in diesem Wirtschaftsjahr keinen großen Ertrag ab. Zur Hauung sind vorgesehen, 80 Festmeter Eichennutzholz, 102 Festmeter Nadelnutzholz und 94 Festmeter Brennholz. Die Kulturarbeiten, u. a. Aufforstungen in der Holtmicke, Schüttenbecke Zipperborg, erfordern einen Kostenaufwand von 364 Mark. Der Plan wurde ohne Beanstandung einstimmig angenommen. Stadtv. Beikke stattete Forstmeister von Druffel namens der Forstkommission den Dank für seine Mühen um den Stadtwald ab. Stadtv.-Vorsteher Kalbfleisch schloß sich diesem Danke namens des gesamten Kollegiums an und wünschte dem Herrn Forstmeister, der Altendorn in Kürze verlassen wird, um in Büren eine Oberförsterei zu übernehmen, in seinem neuen Amtsbezirk ein ebenso erfolgreiches Wirken, wie es ihm hier beschieden gewesen sei. Das Kollegium entschied sich dafür, die Verwaltung der Gewerbesteuer für die Stadt zu behalten.

WTB München, 31. Jan. Im Prozeß wegen Landfriedensbruchs in den Bingwerken wurden die Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 1—2 Monaten verurteilt.

Letzte Telegramme.

Verhaftung pflichtgetreuer deutscher Beamten durch die Separatisten.

WTB Kirchheim-Bolanden, 31. Jan. Oberinspektor Marx wurde heute von den Separatisten verhaftet und nach Speyer gebracht, da er sich weigerte separatistische Aufträge auszuführen. Wegen dieser Verhaftung, sowie wegen der vor einigen Tagen erfolgten Verschleppung des zweiten Bürgermeisters Duß und des Stadtrats Scherer sind nunmehr sämtliche Behörden von Kirchheim Bolanden sowie die Schulen bis zur Wiederfreilassung in den Streik getreten.

WTB Pirmasens, 31. Jan. Gestern nachmittag drangen Separatisten in das Stadthaus ein und verhafteten die anwesenden Polizeibeamten. Die Festgenommenen wurden heute früh nach Speyer gebracht. Einige Schutzleute, die gestern abend auf der Straße Dienst hatten, wurden schwer mißhandelt. Vor einiger Zeit war zwischen der Stadtverwaltung und dem Afterbezirkskommissar ein Abkommen getroffen worden, wonach dieser sich verpflichtet hatte, das Stadthaus nicht zu betreten. Die Beamten hatten daraufhin den Dienst wieder aufgenommen. Das Abkommen ist nunmehr von den Separatisten ohne ersichtlichen Grund gebrochen worden.

Die amerikanischen Kriegsschiffe bleiben in den mexikanischen Gewässern.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Washington, 1. Februar.

Der Befehl zur Zurückziehung der amerikanischen Kriegsschiffe aus den mexikanischen Gewässern wurde widerrufen, da mit der Möglichkeit eines Zusammenstoßes zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen in der Nähe von Vera Cruz gerechnet wird und da die Vereinigten Staaten die amerikanischen Interessen während des voraussichtlichen Kampfes zu schützen wünschen.

Neue Kämpfe im mexikanischen Hexenkessel.

Gaforkone, 31. Januar.

Die mexikanischen Bundestruppen nahmen gestern Orizaba ein, die größte Industriestadt im Staate Vera Cruz. Darauf [illegible] sogleich den Vormarsch gegen Cordoba an. Nach einer amtlichen Meldung aus Mexiko wurden bei der Einnahme von Comperanza durch die Regierungstruppen 1500 Aufständische gefangen genommen.

Rumänien ratifiziert den Lausanner Friedensvertrag.

WTB Bukarest, 1. Februar.

Das rumänische Parlament ratifizierte gestern den Lausanner Friedensvertrag.

Bestrafte separatistische Reichsbankräuber.

WTB Paris, 1. Febr. Der Agent Phocquel, der bekanntlich zwischen Frankfurt und Wiesbaden eine Sendung der Reichsbank beraubte und, wie man in Paris annimmt, in der Villa Dortens in Wiesbaden in Sicherheit brachte, wurde vom Kriegsgericht gestern wegen Diebstahls, sowie Bedrohung französischer Gendarmen und Beleidigung französischer Offiziere zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Verurteilung erfolgte nach dem Matin mit 3 gegen 2 Stimmen. Seine Mitangeklagten erhielten Strafen von 24 Tagen bis 18 Monaten.

Druck und Verlag:
Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg, Olpe
verantwortlich für die Gesamtredaktion: Dr. phil. Albert Wand in Olpe; für die Berliner Redaktion: Dr. Krauß in Berlin-Schöneberg.

Stadt Olpe.

Sprechstunden

des Leiters des Wohnungsamtes

in Zukunft nur Dienstags von 5—7 Uhr nachmittags.

Olpe, den 29. Januar 1924. (†299

Der Bürgermeister.

Zwangsversteigerung

Am Sonnabend, dem 2. Februar 1924, vorm. 11 Uhr werde ich in Sporke, Wirtschaft Becker

einen Herrenanzug

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung zwangsweise versteigern. (†293

Loerwald, Gerichtsvollzieher

Pfandverkauf

Am Sonnabend, dem 2. Februar 1924, vorm 10 Uhr, werde ich in Grevenbrück, Güterschuppen,

50—60 Stück Eichenstempel, 3—4 m lang

gemäß § 421 H. G. B. öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern. (†294

Loerwald, Gerichtsvollzieher.

Freiwillige Versteigerung.

Montag, den 4. Februar 1924, nachmittags 1 Uhr anfangend, werde ich im Auftrage des Herrn Georg Stipp, hier, in dessen bisheriger Wohnung nachstehende Gegenstände:

1 Küchenschrank, 2 kleine und 2 große Tische, 1 Küchenherd, 2 Lehnbänke, 1 Eckschrank, 1 Ruhesessel, 1 Ofen, 1 Bücherbreit, 2 Spiegel, 10 Stühle, 3 Kommoden, 1 Ofen, 1 großen und 1 kleinen Kleiderschrank, 2 Bettstellen (2schläfig) mit Matratzen, 2 Unterbetten, 1 Plumeau, 1 Küchenetagere, 1 Nachtkonsole, 1 einschläfige Bettstelle ohne Matratze, Fenstergalerien Mantelstücke, 1 Waschmaschine, einige Ctr. Kartoffel und Kohlen sowie sonstige Haus-, Küchen-, Garten- und Stallgeräte

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Die Gegenstände sind gebraucht, jedoch gut erhalten und können eine halbe Stunde vor Beginn der Versteigerung besichtigt werden.

Meggen, den 29. Januar 1924. (†279

Eckes, vereidigter Versteigerer

Künstliche Haararbeiten

wie Uhrketten, Broschen, Blumen, Flechten 2c. erhält man in bester Ausführung bei

Gebr. Clemens, Olpe, Martinstraße 18.

KL

Kaiserhof-Lichtspiele

Olpe i. Westf. — Martinstr. 24

Samstag, den 2., und Sonntag, den 3. Februar,

VI. und Schluß-Teil

des mit größtem Beifall aufgenommenem Zirkus-Sensations-Films

Der Zirkuskönig

Der Preisboxer von Californien.

Weib, Wahn, Wahrheit

Sensationsdrama aus den Bergen.
Prachtvolle Naturaufnahme.

Die Rivalen im wilden Westen

Tolle amerikanische Groteske mit Harry Pollard dem Mitspieler aus „Er".

Anfang: Samstag und Sonntag Abend 8½ Uhr.
Sonntag nachmittag 4½ Uhr.

Nächste Woche

der große Kulturfilm von den Franzosen im besetzten Gebiet verboten

Der Rhein in Vergangenheit u. Gegenwart

Hotel Kaiserhof.

Jeden Sonntag vormittags von 11—1 und nachmittags ab 4 Uhr

Konzert.

Ia Haferflocken
Weizenmehl
Roggenschrot
Roggenmehl 85%
Roggenmehl 65%
Roggen — Gerste
Hafer
Weizenkleie
Vollmehl

empfiehlt billigst (†291

Wilhelm Schleifer Nachf.

Am Montag, den 28. cr. ist mir von 2 Bettlern ein junger

Schäferhund

auf den Namen „Rex" hörend

gestohlen

worden. Farbe grau. Vor Ankauf wird gewarnt. Dem Wiederbringer sichere hohe Belohnung zu. (†296)

Peter Hufgfeld - Liese
Benolpe
bei Welschenennest

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute nachmittag 2½ Uhr meine innigstgeliebte Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Jos. Beule

Maria geb Goßmann

wohlvorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel und gestärkt durch den Empfang der hl. Sterbesakramente im Alter von 59 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um ein frommes Gebet für die liebe Verstorbene bitten

Joseph Beule und Kinder.

Förde, den 30. Januar 1924.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. Februar, nachm. 2¼ Uhr vom Sterbehause aus statt. Das Seelenamt ist Montag 7¼ Uhr vorm, in der hiesigen Pfarrkirche. (†295)

Todes-Anzeige.

Nach Gottes hl. Willen wurde uns unser lieber Sohn und Bruder

Georg

durch den Tod entrissen. Er starb nach kurzer schwerer Krankheit, gestärkt durch den Empfang der ersten hl. Kommunion im jugendlichen Alter von 9½ Jahren.

In tiefer Trauer:

Familie Georg Huperz.

Olpe, den 31. Januar 1924.

Die Beerdigung findet Sonntag den 3. Februar, nachm. 3½ Uhr, vom Sterbehause Bergstr. 19 statt. Seelenamt Montag 7¼ Uhr. (†300)

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode unserer lieben Mutter sagen wir hiermit unsern

innigsten Dank.

Familie Gottfried Jonas.

Olpe im Januar 1924. (†292)

Ueber

120 Lehrlinge

sind Ostern 1924 in Handwerkslehre unterzubringen. Meldungen mit Nachweis der Befähigung zur Ausbildung von Lehrlingen zu richten an das

Städtische Waisenhaus in Köln,
Sülzgürtel 47.
Post Klettenberg (†151

Anzeigen

in dem „S. V."

haben Erfolg

Teilhaber

für reitable industrielle Zwecke gesucht. Offerten unter H. B †275 an die Geschäftsst. ds. Bls.

Herren- Damen-

Wäsche

fertigen an in bester Ausführung

Geschw. Kaiser
Wäsche-Fabrik
OLPE i. W.
Schützenstrasse 15
Telefon 135.

Franz Zumbroich,

Gerberei und Lederlager **Meschede.** Fernsprecher 264 und 189

Alle Sorten Leder

Sohlleder eichengegerbte rheinische oder siegerländische Leder in Hälften **Backleder** in Hälften u. Croupons. Spezialität der Fritz Häuser Akt.-G. in Backnang (Württbg.) Backleder Seiten und Abfall.

Oberleder Rindleder, grubengegerbt. **Kipse,** grubengegerbt.

Rindbox, schwarz und farbig, **Mastbox Wildbox.** Fabrikat der Fritz Häuser Akt. G. in Backnang (Württbg.)

Spalte a s Futterleder

Technische Leder Ia **Riemencouspons** langsame Grubengerbung. **Geschirrleder** schwarz und naturfarbig. **Näh- und Binderiemen** Fryner **Möbelleder** mit Antik-Narben **Koffer- und Mappenleder** mit Florida und Elsässer Narben sowie **Spalte.**

Treibriemen aller Art der Firma Fr. Möller, G. m. b. H., Brackwede (Westf.), anerkannt erstklassige Ware. (†297 **Aeußerst billige Preise,** bei Abnahme größerer Mengen

Sondervorteile.

Umtausch von Rohhäuten gegen Leder. Ankauf von Lohr, auch im Umtausch gegen Leder

---

Reine Wollgarnsocken

liefert am billigsten

Strickerei Hecker-Steins Heinsberg
Preise frei. (†

Billige Schuhwaren!

Rindleder Jagdschuhe mit Doppelsohle 40—46	16,50 Mk.
Rindleder Arbeitsschuhe mit Beschlag 40—46	11,75 „
Rindleder Grubenschuh, hoher Schaft ohne Naht, m. Beschlag 40—46	13,50 „
Rindleder Frauenstiefel 36—42	10,50 „
Rindleder Knaben- und Mädchenstiefel mit Beschlag 31—35	8,20 „
Rindleder Kinderstiefel 27—30	7,00 „
braune und schwarze Gamaschen	11,00 und 14,00 „

Große Auswahl in **Pantoffeln** und **Turnschuhen.**

Hermann Hengstebeck, Schuhmachermeister,
(†298) Olpe, Martinstr. 17.

Kaufe laufend

Grubenhölzer

aller Dimensionen oder dazu passende

Waldbestände.

Hub Reuter
Lichtringhausen-Attendorn.
(r95) — Fernruf 181 —

Schluß der Anzeigen-Annahme 5 Uhr nachmittags, für die Samstags-Nummer Freitag nachmittag 3 Uhr.